



Gunther Krichbaum

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender des Ausschusses für die
Angelegenheiten der Europäischen Union

Gunther Krichbaum, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

An die
Mitglieder der CDU Enzkreis/Pforzheim

Per Email

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Paul-Löbe-Haus
Telefon (030) 227 – 70 371
Telefax (030) 227 – 76 371
E-Mail gunther.krichbaum@bundestag.de

Wahlkreis
Westliche 104
75172 Pforzheim
Telefon (0 72 31) 14 00 61
Telefax (0 72 31) 14 00 62
E-Mail gunther.krichbaum.wk@bundestag.de

Berlin, 8. Februar 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

nach einer von der SPD verursachten wochenlangen Hängepartei haben sich CDU, CSU und SPD gestern Morgen in Berlin endlich auf einen Koalitionsvertrag verständigt.

Für die Bewertung der Ergebnisse lohnt es, sich noch einmal vor Augen zu führen, wo die Unionsparteien im Wahlkampf ihre Schwerpunkte gesetzt haben: Wir wollten die Zuwanderung nach Deutschland dauerhaft begrenzen und den Familiennachzug beschränken. Wir wollten Familien durch eine Erhöhung des Kindergeldes um monatlich 25 Euro pro Kind und die Einführung eines Baukindergeldes stärken. Wir haben uns stets gegen Steuererhöhungen und neue Schulden ausgesprochen. Wir wollten keine Transferunion in Europa. Vor allem wollten wir aber unser Land durch mehr Investitionen in Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur fit für die Zukunft machen.

Die SPD dagegen kämpfte für eine Bürgerversicherung, höhere Steuern für „Besserverdiener“, eine höhere Erbschaftssteuer, viele „Wohlfühlprojekte“ unter Eingehung neuer Schulden, eine gemeinschaftliche Schuldenhaftung in Europa, die völlige Abschaffung der sachgrundlosen Befristung bei Arbeitsverträgen und den unbegrenzten Familiennachzug für alle Flüchtlinge.

Was wurde nun konkret vereinbart?

Bei der Zuwanderung ist es gelungen, eine Zielspanne von höchstens 180.000 bis 220.000 neuen Zuwanderern pro Jahr festzulegen. Auch wenn der Begriff „Obergrenze“ nicht in die Vereinbarung aufgenommen wurde, ist diese damit praktisch festgeschrieben. Hier hat sich ganz klar die Union durchgesetzt. Zudem wird die Bearbeitung der Asylanträge künftig in zentralen Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen erfolgen. Bereits in der letzten Woche hat der Bundestag mit den Stimmen der künftigen Koalition den Familiennachzug neu geregelt: Bis zum 31. Juli 2018 bleibt der Nachzug bei Flüchtlingen mit subsidiärem Schutzstatus ausgesetzt. Ab dem 1. August 2018 dürfen maximal 1.000 Visa für die



Familienzusammenführung pro Monat vergeben werden. Ein Rechtsanspruch auf Familiennachzug gibt es nicht, weil dies die Integrationsfähigkeit Deutschlands überfordern würde.

In der Steuer- und Finanzpolitik konnten wir durchsetzen, dass die solide Finanzpolitik von Wolfgang Schäuble auch künftig fortgeführt wird. Es gibt weder neue Schulden noch Steuererhöhungen. Zugleich wird der Solidaritätszuschlag bis 2021 für 90% aller Steuerzahler abgeschafft. Diese Entlastung in Höhe von 10 Mrd. Euro verschafft den Beziehern unterer und mittlerer Einkommen neue Spielräume und gibt der Binnenkonjunktur weiteren Schub. Das stärkt Handel, Handwerk und Industrie und sichert Arbeits- und Ausbildungsplätze auch in unserer Region.

Einen besonderen Schwerpunkt setzt die neue Koalition bei den Familien: Die Kindergelderhöhung um 25 Euro pro Kind/Monat wird in zwei Schritten realisiert und das Baukindergeld für mittlere Einkommen kommt. Es wird einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter geben. Zudem werden wir die Mütterrente (stets ein Unionsprojekt!) verbessern: Frauen, die vor 1992 drei oder mehr Kinder zur Welt gebracht haben, erhalten einen weiteren, dritten Rentenpunkt gutgeschrieben. Dies sind ca. 30 Euro pro Monat und Kind.

Gerade für unsere mittelständische Wirtschaft in Baden-Württemberg ist es von großer Bedeutung, dass wir die Anstrengungen für den Ausbau der Digitalisierung und für Bildung und Forschung nochmals deutlich steigern werden. So stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und legen damit die Grundlage für künftige Erfolge auf den Weltmärkten. Zudem werden wir Gründer noch stärker unterstützen, damit gute Ideen auch zu guten Produkten führen, die die Arbeitsplätze von morgen sichern. Dies ist auch für den Hochschulstandort Pforzheim eine gute Nachricht.

Wie sieht die Bilanz für die SPD aus? Die Bürgerversicherung kommt nicht, die Einkommen- und Erbschaftsteuern werden nicht erhöht, der Familiennachzug bleibt stark begrenzt. Europa wird keine Transferunion. Auch die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen wird nicht völlig abgeschafft. Handwerk und Mittelstand können dieses Instrument weiter nutzen, um flexibel auf die Auftragslage zu reagieren. Einschränkungen gibt es allerdings für größere Unternehmen ab 75 Beschäftigte. Das halte ich auch für vertretbar, denn dort reicht in aller Regel die Probezeit, um die Befähigung eines neuen Mitarbeiters festzustellen. Wer eine Familie hat, weiß, wie schwierig es für junge Menschen ist, ohne einen unbefristeten Arbeitsvertrag eine Wohnung zu finden, sei es zur Miete oder zum Kauf.

Mit dem Erreichten bin ich daher insgesamt zufrieden, weil die Union viele ihrer Vorhaben aus dem gemeinsamen Wahlprogramm umsetzen konnte. Daher sollten wir in den nächsten Wochen nicht der SPD-Rhetorik auf den Leim gehen. Die Union stellt alle Minister, die sich mit den Mega-Zukunftsthemen Innovation und Digitalisierung befassen. Das ist ein großer Erfolg. Doch zugleich darf nicht verschwiegen werden, dass es bei der Verteilung der Schlüsselministerien eine gewisse Unwucht zu Gunsten der SPD gibt. Auch für mich ist das der schwierigste Teil der Vereinbarung. Zwar kann die CDU seit Jahrzehnten erstmals wie-



Gunther Krichbaum
Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 3 des Schreibens vom 8. Februar 2018.

der das Wirtschaftsministerium besetzen, was nicht zu unterschätzen ist. Doch selbstverständlich ist der Verlust des Finanzministeriums gerade angesichts der Verdienste von Wolfgang Schäuble für uns nur sehr schwer zu verkraften. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden daher in den nächsten Jahren sehr stark gefordert sein, dem mutmaßlich neuen Bundesfinanzminister sehr genau auf die Finger zu schauen und sicherzustellen, dass die solide Finanzpolitik der letzten Jahre fortgesetzt wird. Dabei sollten wir aber zwei Aspekte nicht vergessen: Zum einen stellte die SPD auch in der ersten Großen Koalition von 2005 bis 2009 mit Peer Steinbrück den Finanzminister und Frank-Walter Steinmeier den Außenminister. Schon damals waren beide Ressorts in der Hand der SPD. Zum anderen hätten wir in einer Jamaika-Regierung deutlich weniger Minister aus den Reihen von CDU und CSU gehabt und ganz sicher ebenfalls nicht das Finanz- und Außenministerium besetzen können. Und schlussendlich liegt die Richtlinienkompetenz selbstverständlich weiter bei der Bundeskanzlerin.

Es gehört zu den Aufgaben der Opposition, Vorhaben der Mehrheitsparteien kritisch zu begleiten und Alternativen anzubieten. Die Kritik der FDP an den Koalitionsvereinbarungen kann ich aber nur sehr begrenzt nachvollziehen. Ohne den Rückzieher von FDP-Parteichef Lindner kurz vor Abschluss der Jamaika-Verhandlungen wäre überhaupt keine Notwendigkeit für Gespräche mit der SPD entstanden. Die FDP war schlicht zu feige, in eine solche Regierung einzutreten. Wäre sie nicht vor der Verantwortung davongelaufen, hätte Deutschland eine deutlich bürgerlich geprägte Regierung bekommen. Hier hatte man Angst vor der eigenen Courage.

Wir werden nun abwarten müssen, wie die SPD-Mitglieder diesen Vertrag bewerten. Trotz der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bleibt dieser Mitgliederentscheid unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten sicherlich bedenklich, weil damit auch jene über das Zustandekommen einer Regierung mitbestimmen, die in Deutschland nicht wählen dürfen, beispielsweise Jugendliche und Ausländer. Der Ausgang scheint ziemlich offen zu sein, denn das zahlreiche Anwerben von „Gelegenheitsgenossen“ durch die Jusos war offenkundig recht erfolgreich. Diese parteiinterne Auseinandersetzung wirft im Übrigen ein Schlaglicht auf den aktuellen Zustand der SPD.

Die CDU Deutschlands wird am 26. Februar auf einem Bundesparteitag über den Koalitionsvertrag beraten und abstimmen. Auch in unserem Kreisverband wird es mehrfach Gelegenheit zur Diskussion geben. So planen wir für Sonntag, den 25. Februar einen politischen Frühschoppen, zu dem Sie in Kürze eingeladen werden. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich daran beteiligen würden.

Mit freundlichen Grüßen

Gunther Krichbaum